

**4.**  
**Bericht über die Arbeit  
in der Landespolitik**

**Bericht über die Arbeit  
der Landeskontrollkommission**



Berichtersteller: Johannes R A U

Liebe Genossinnen und Genossen,  
meine Damen und Herren!

Wer über zwei Jahre Arbeit der Sozialdemokraten in unserem Land berichtet, der kann nicht alles Geschehene darstellen. Am 25. Juni 1977 haben wir einen Landesparteitag gehabt, der im öffentlichen Echo von der dort geschehenen Personalentscheidung bestimmt war. Viele haben dabei zu wenig erkannt, daß dieser Landesparteitag in Duisburg auch wichtige Entscheidungen in der Sache getroffen hat und daß wir mit diesem Landesparteitag in Duisburg Akzente gesetzt, Richtungen vorgegeben und Entscheidungen vorbereitet haben für die Gesamtpartei und für den Bundesparteitag in Hamburg.

Der energiepolitische Kompromiß, der in Hamburg zustande gekommen ist, die Linie, die wir in Duisburg gefunden haben auch für die Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik — beide haben ihren Ausgang beim Landesparteitag in Duisburg.

Von heute aus und heute kommt es nun darauf an, die Richtung mitzubestimmen für den Bundesparteitag in Berlin, deutlich zu machen: Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen mit ihren 300 000 Mitgliedern stehen in der Verantwortung, wollen diese Verantwortung wahrnehmen, wollen die stärkste Kraft in der Bundesrepublik sein und wollen mit ihrem Tun und Handeln, mit ihrem Reden und mit ihrem Gespräch mit dem Bürger die Voraussetzung dafür schaffen, daß Helmut Schmidt im Oktober 1980 wieder Bundeskanzler wird.

Alles, was von heute an geschieht — die Kommunalwahl am 30. September, die Landtagswahl am 11. Mai —, alles das wird publizistisch und im Bewußtsein der Bürger ausgerichtet sein

und ausgerichtet sein müssen auf den großen Wettbewerb, der im Oktober nächsten Jahres zwischen Helmut Schmidt und Mister X stattfinden wird.

Wir beteiligen uns als Sozialdemokraten nicht an dem gegenwärtigen Schönheitswettbewerb zwischen Albrecht und Strauß. Wir überlassen die Entscheidung, wer an der Spitze der Union in den Wahlkampf gehen soll, denen, die in der CDU Verantwortung tragen und die in den letzten Tagen mehr gereist sind und mehr über die Landesgrenzen hinausgerast sind, als das dieser Partei gut tut.

Wir haben vor zwei Jahren einen Parteitag gehabt, der unsere Kräfte gesammelt und gebündelt hat. Dann sind wir am 4. März 1978 in Leverkusen zusammengewesen und haben einen kommunalpolitischen Sonderparteitag gehabt, dessen Entscheidungen und Ergebnisse zwar umgesetzt, aber längst noch nicht ausgeschöpft sind in dem, was wir dem Bürger über unsere Verantwortung in den Gemeinden zu sagen haben.

Das, was wir dort an Bereitschaft zur Bürgernähe im praktischen Tun proklamiert haben, ist noch nicht allen deutlich geworden und deshalb muß es von heute an deutlich werden, daß unser Ziel ist, Mehrheiten in den Gemeinden zu verstärken und da zu erringen, wo wir sie noch nicht haben. Es war kein gutes Wort von Horst-Ludwig Riemer auf dem F.D.P.-Parteitag zum Machtkartell der Oberbürgermeister, aber der Hinweis auf dieses Machtkartell der Oberbürgermeister veranlaßt mich zu sagen: „Da sind noch Plätze frei, da müssen noch einige hinzukommen, der Kreis muß erweitert werden.“ Und ich füge hinzu: Das gilt nicht nur für Oberbürgermeister, das gilt auch für Bürgermeister. Denn wir haben gelernt — und die Wahlergebnisse in Rheinland-Pfalz und im Saarland haben es uns gezeigt —, wir haben unsere Zuwachsraten und unsere Zuwachschancen im ländlichen Bereich längst noch nicht ausgeschöpft. Da werden wir einiges hinzulegen müssen und hinzulegen können.

Wenn man uns fragt — und auch auf diesem Parteitag hier wird gefragt werden — welche Kommunalpolitik wir wollen, dann sagen wir: Nicht Ausweitung der öffentlichen Verwaltung, aber Verbreiterung des öffentlichen Dienstes als Service für den Bürger. Dann sagen wir: Eine Kommunalpolitik, die die Planung für die Beteiligung des Bürgers öffnet und die ihn Anteil nehmen läßt an den Entscheidungen, die für lebenswerte Städte und Gemeinden nötig sind. Dann sagen wir: Beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik auch in den Gemeinden! Die Gemeinden müssen die ersten sein, die den Kampf mit der Arbeitslosigkeit aufnehmen und weiterführen und dafür Platz schaffen in den Haushalten der Städte. Dann sagen wir: Umweltschutz nicht als die große Diskussion allein um die Standorte von Kraftwerken, sondern Lärminderungspläne in den Städten und Gemeinden und Lärmschutz da, wo die Bürger wohnen und wo die Bürger in Ruhe wohnen möchten. Wenn wir gefragt werden nach unserer Kommunalpolitik, dann sagen wir: Diese Städte in Nordrhein-Westfalen, die bundesweit und darüber hinaus immer mißverstanden werden als Orte von Dreck und Maloche, die sind auch die Stätten der Freizeit — und unsere Revierparks und Grünflächen machen das Monat für Monat deutlicher — und wir erweitern die Grünflächen im Land.

Kommunalpolitik — das heißt für uns: Hineinnehmen der Familienpolitik an den Ort der eigentlichen Entscheidungen, und das ist die Gemeinde. Dann heißt das für uns auch, daß wir kindergerechte Städte und Gemeinden haben wollen und daß wir eine Politik für Kinder machen wollen, bei der man in den Städten und Gemeinden danach fragt, ob da eigentlich gern jemand Kind ist und ob man da gerne Kinder hat; das ist uns lieber als alles bevölkerungspolitische Gerede, als könnten wir mit Prämien dafür sorgen, daß unser Volk größer wird!

Wir wollen nicht, daß unser Volk durch Prämien größer wird, aber wir wollen dafür sorgen, daß durch die Art, wie wir mit-

einander leben, mehr Menschen in unseren Städten und Gemeinden Freude am Leben haben. Deshalb ist das wichtigste Datum, das jetzt vor uns steht, der 30. September, der Tag, an dem die Sozialdemokraten bewußt und gewollt und erkennbar auf den Prüfstand gehen und sich der Meinung und dem Votum der Wähler stellen.

Ein Landesparteitag, von dem ich zu berichten habe, ist der Sonderparteitag, den wir am 17. September 1978 gehabt haben. Da fand das statt, was Heinz Kühn immer wieder den „Stafettenwechsel“ genannt hat.

Ich will bei diesem ersten Parteitag, in dem ich in der Doppelfunktion des Ministerpräsidenten und des Landesvorsitzenden spreche und bei dem also auch etwas von der Rechenschaft über die ersten zehn Monate gesagt werden muß, noch einmal ein Wort des Dankes an Heinz Kühn richten, der dieses Land geprägt hat wie kein anderer vor ihm und dem ich nach-efern möchte.

Laßt mich, Genossinnen und Genossen, von den beiden Parteitagungen im Juni 1977 und im September des vergangenen Jahres her noch einen Gedanken aufgreifen. Ich bin ja bei diesen beiden Parteitagen gewissermaßen Spezialist für knappe Mehrheiten geworden. Ich will das ändern: es muß mehr werden am 11. Mai des nächsten Jahres!

Aber mir geht es hier um einen anderen Hinweis: Ich habe bei jedem dieser beiden Parteitage je einen Konkurrenten gehabt und ich möchte angesichts des Personalgerangels der CDU/CSU deutlich und dankbar feststellen: drei Konkurrenten in zwei Jahren sind heute unverbrüchliche Freunde in einem Kabinett und arbeiten zusammen und helfen sich gegenseitig. Und wenn ich aus der Zahl derer, die mir in diesen Jahren geholfen haben, niemanden hier nennen kann, dann meine ich, ein Wort des Dankes an Friedhelm Farthmann und Diether Posser für diese Gesinnung und diese Tatsache und Handlung gewordene Gesinnung sei bei diesem Parteitag angemessen.

Nun erleben wir in der Opposition unseres Landes ein interessantes Spiel. Interessante Spiele sieht man oft mit Wohlbehagen. Aber ich gestehe, daß mich gelegentlich auch Sorge umschleicht, wenn ich sehe, was da stattfindet. Heinrich Köppler und Kurt Biedenkopf — die beiden haben sich ja erst Anfang dieses Jahres gegenseitig entdeckt, als sie gemeinsam an die Arbeit gingen, um Helmut Kohl zu demontieren. Nach dieser Demontage Kohls sind sie nun bei einer interessanten Arbeitsteilung: der eine kriegt das Feld für landespolitische Sprüche und der andere darf in Bonn und von Bonn aus mit Franz-Josef Strauß die CDU nach rechts rücken. Das ist die Arbeitsteilung zwischen Köppler und Biedenkopf.

„Dies Land ist keine Beute, die zwei Leute unter sich aufteilen dürfen“, das wird der Wähler sehen und sagen.

Seit 1970 dreht Heinrich Köppler jeden Dienstag um 14.00 Uhr im Landtag die Gebetsmühle seiner Pressekonferenz. Und außer den Grußworten hat er noch drei Worte, die kommen in jeder dieser Pressekonferenzen vor: Die Regierung ist entscheidungsarm, führungsschwach und verbraucht. Das ist seit Juli 1970 die These von Heinrich Köppler. Wir werden dafür sorgen, daß er diese Gebetsmühle mindestens bis 1985 immer wieder drehen kann, wenn ihm schon nichts anderes einfällt. Die Vollmundigkeit, mit der Heinrich Köppler solche Thesen verbreitet, sagt aber nichts über unsere Art des Regierens und des Handelns. Wenn eine Politik gewissenhaften Nachdenkens und breiter Diskussion mit nichts anderem als solchen Vokabeln bezeichnet wird, dann sagt das doch nichts über unsere Politik, sondern nur etwas über die Vollmundigkeit und Leichtfertigkeit, mit der Köppler politisch handelt. Wir werden das nicht hinnehmen und wir werden zeigen — und ich hoffe, dieser Tag zeigt uns die Entscheidungen, die wir getroffen haben und die wir dem Bürger erläutern —: Dies ist nicht die

Situation unseres politischen Handelns, dies ist nicht die Situation, von der wir auszugehen haben, aber: Eine Union im Zerfall, eine Union, die im Personalgerangel vollbeschäftigt ist, fällt für Sachfragen aus und schlingert herum und hat nicht mehr anzubieten als die Monotonie ihrer Gebetsmühle.

Wir haben, Genossinnen und Genossen, vor einer Woche die Europawahl gehabt, die schon auf vielfache Weise kommentiert worden ist. Ich will die Kommentare zu dieser Wahl hier nicht noch einmal wiederholen und ich will nicht alles, was zu dieser Wahl zu sagen wäre, vorwegnehmen, bevor die Einzelanalysen vorliegen. Ich möchte auf zwei Dinge hinweisen:

Erstens hat sich erwiesen, daß niedrige Wahlbeteiligung sich negativ für Sozialdemokraten auswirkt. Wir müssen alles tun, um die Wähler für drei Wahlen zu mobilisieren — das ist die stärkste Herausforderung für unsere Partei, die es in der Geschichte unserer Partei nach 1945 je gegeben hat.

Zweitens müssen wir darauf achten, daß die drei Prozent Grünen sich nicht stabilisieren und vermehren und daß wir die Sorgen und die Nöte derer aufnehmen, denen es um mehr geht als um Grünflächen, bei denen Lebensängste angesprochen sind, die gerne wissen möchten, ob die Parteien glaubwürdig politisch handeln.

Wir dürfen diese drei Prozent nicht zu den Sektierern der Politik machen. Aber wir müssen hinzufügen: Unser eigentliches Potential liegt bei denen, die in Nordrhein-Westfalen immer noch irrtümlich CDU wählen, da gilt es anzusetzen.

Viele haben übersehen, daß, gemessen an der Landtagswahl 1975, der Abstand zwischen SPD und CDU geringer geworden ist. Es sind nur noch 1,2 Prozent zugunsten der CDU. Nicht nur die sind zu schaffen, sondern wir müssen ins Plus kommen: Die Sozialdemokraten müssen die stärkste Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen werden, wie sie es von 1966 an gewesen sind.

Das aber geschieht nicht mit vollmundigen Sprüchen, sondern das geschieht mit verantwortlichem Handeln. Und so laßt mich an fünf Punkten zu zeigen versuchen, wie wir verantwortlich gehandelt haben.

Als wir beim Landesparteitag am 17. September des vergangenen Jahres in Duisburg waren, hat viele unter uns die Problematik der Lohnsummensteuer beschäftigt. Da lagen wir in einem offenen Dissens mit unseren Freunden in der Bundesregierung. Dieser offene Dissens hat uns sehr geschmerzt. Er hat uns deshalb sehr geschmerzt, weil wir ja wissen, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen und die SPD im Bund unverbrüchlich zusammengehören. So wie wir ohne Helmut Schmidt bei der Landtagswahl nicht gewinnen können, so haben wir bisher in Nordrhein-Westfalen stets dafür gesorgt, daß in Bonn von 1966 an Sozialdemokraten regieren konnten. Das ist ein Pakt auf Gegenseitigkeit.

Es ist uns gelungen, den Streit um die Lohnsummensteuer nicht nur zu schlichten, sondern zu entscheiden. Das Kabinett wird am kommenden Dienstag den Ausgleich der Lohnsummensteuer so befinden, daß dabei die Beschlüsse des letzten Landesparteitages realisiert werden und daß die Gemeinden das Ihnen Zugesagte und das Ihnen Zukommende erhalten.

Die zweite Entscheidung, die wir zu treffen hatten, war schwer genug: die Entscheidung in Sachen Kalkar.

Nun ist Kalkar eines der Reizworte in der innerparteilichen Diskussion. Ich bitte alle diejenigen, die gegenüber dieser unserer Entscheidung Vorbehalte und Bedenken haben, die sie für falsch halten, sich noch einmal durchzulesen, was wir gemeinsam mit unseren Freunden im Bund eingearbeitet haben in die Dezemberentscheidung des Bundestages und welches

## Bericht über die Arbeit in der Landespolitik

Sicherheitssystem in dieser Entschließung des Deutschen Bundestages steht, damit deutlich wird, was wir vor zwei Jahren gesagt haben:

Bei der Kernenergie gibt es einen Vorrang der Sicherheit und einen Vorrang der Gesundheit der Bürger, und wir werden keine weitere Teilerrichtungsgenehmigung erteilen, bevor nicht die Enquete-Kommission des Bundestages unser Wissen geschärft, unseren Sachverstand erhöht, unsere Entscheidung möglich gemacht hat.

Dabei bleibt es.

Das Dritte, was wir zu tun hatten und was sich aus der Regierungserklärung ergab, ist das, was mit dem Stichwort Ruhrgebietskonferenz angesprochen ist. Ich werde diese Ruhrgebietskonferenz auch nachträglich nicht zu einer SPD-Veranstaltung umstilisieren — das war sie nicht. Ich will sie mir nicht selber als Erfolg zuschreiben. Aber ich werde nicht aufhören, öffentlich zu sagen: Diese Ruhrgebietskonferenz war ein Erfolg für das Revier und wir werden Jahr für Jahr Rechenschaft ablegen, wie sich das Revier verändert, verbessert, wie seine menschlichen Lebensbedingungen und seine Arbeitsbedingungen sich aufgrund des 5-Milliarden-Programms verbessert haben, das wir an die Ruhr geben. Ich sage denen, die nicht aus dem Ruhrgebiet kommen: Blickt nicht neidvoll dahin, denn was sich da tut, ist gut für unser ganzes Land. Wenn das Herz nicht in Ordnung ist, muß der Kreislauf kollabieren. Wir werden das Herz dieses Landes in Ordnung bringen, damit der Kreislauf wieder in Ordnung kommt.

Heute schon möchte ich vorschlagen und anregen — in den Anträgen findet das seinen Niederschlag —: Wir werden deutlich machen, daß das Ruhrprogramm, das wir entwickeln, nur ein Anfang ist. In die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und in das Werben um den Bürger gehen wir Sozialdemokraten mit einem klaren Konzept. Wir brauchen ein NW-Programm 1985, und wenn wir es als Gesamtregierung nicht hinkriegen, dann machen es die Sozialdemokraten auf ihre Rechnung und Gefahr und auf ihren Erfolg hin.

Die vierte Entscheidung, die gefallen ist, ist die Abschaffung der Regelanfrage. Viele Genossinnen und Genossen sind da in den letzten zehn Monaten ungeduldig gewesen. Ich glaube, daß diese Ungeduld nicht gerechtfertigt war; denn das, was wir heute dem Parteitag als Ergebnis und als Kabinettsbeschluß darstellen können, ist etwas anderes als das in Rede gewesene Listenmodell, ist etwas anderes als die Wiederholung der Regelanfrage mit anderen Vokabeln. Das ist eine freiheitliche, eine liberale Lösung, die deutlich macht: Sozialdemokraten wollen, daß diese Bundesrepublik — der freiheitlichste Rechtsstaat, der je auf deutschem Boden existiert hat — nicht ins Gerede kommt und nicht abdriftet dadurch, daß ein großer Teil der jungen Generation glaubt, er wäre zum Duckmäusertum verurteilt und es lege sich die Anfrage durch den Verfassungsschutz wie Mehltau über alle Schulen und Hochschulen. Das ist geleistet, das ist geschafft! Das muß nun verbunden werden mit der deutlichen Aussage und mit der Bekräftigung dessen, was wir auf dem Bundestag in Köln gesagt haben: Es ist ganz selbstverständlich und Sozialdemokraten sind die Garanten dafür, daß keiner, der diesen Staat aktiv bekämpft und der diese Verfassung in ihren Grundpositionen abschaffen will, in den öffentlichen Dienst kann. Dabei muß es bleiben.

Das fünfte, was wir erreicht haben, ist die kürzlich getroffene Entscheidung zum 10. Schuljahr. An dieser Stelle möchte ich nun gerne auch ein selbstkritisches Wort sagen und ein kritisches Wort gegenüber dem Partner: Ich stelle vorweg fest, daß die Zusammenarbeit mit der F.D.P. in Koalition und Kabinett gut und erfolgreich ist. Wir können sie fortsetzen und wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sie fortgesetzt werden kann. Aber eine der Voraussetzungen zur Fortsetzung dieser Koalition ist, daß unsere Entscheidungen

vor dem Bürger deutlicher werden als die Entscheidungsprozesse, die vor der Entscheidung gelegen haben. Es darf nicht so lange öffentlich hin und her gehen, bis die Entscheidung da ist, weil sonst die Wege zuvor, die Schritte dahin in der Partei intensiver diskutiert werden als das, was wir an Veränderungen in der Gesellschaft und an Verbesserungen unserer Lebensbedingungen erreicht haben.

Wir wollen die Voraussetzung dafür schaffen, daß diese Arbeit fortgeführt werden kann.

Dabei wird die Energiepolitik in diesem Land eines der wichtigsten Felder sein und bleiben neben dem, was mit der Ruhrkonferenz zu erörtern ist.

Zur Ruhrkonferenz haben wir viele positive Stimmen gehört. Bei der Ruhrkonferenz hat sich gezeigt, daß auch Gruppen, die von ihrer Bestimmung her in Konflikten leben — wie Arbeitgeber und Gewerkschaften zum Beispiel — sich um einer Sache willen verbünden können und daß sie ihren Anteil in das einbringen können, was zur Verbesserung der Situation im Ruhrgebiet nun nötig ist. Uns fehlt noch der positive, der erkennbare, der über Etat-Zahlen hinausgehende Beitrag der Opposition zur Situation im Ruhrgebiet. Das einzige, was wir dazu bisher gehört haben, ist der Satz von Birgit Breuel, der niedersächsischen Wirtschaftsministerin, die jetzt schon an den Bund und an unsere Regierung herantritt mit der Sorge, das Ruhrgebiet könnte bevorzugt werden. Wer so denkt, der hat vergessen und übersehen, daß wir im Ruhrgebiet seit 150 Jahren die Kohlen zwar nicht aus dem Feuer, aber aus dem Stroh holen und daß wir gerne die Anerkennung der anderen Länder dafür hätten, daß wir in diesem Lande die Energiepolitik sichern. Nur wenn das anerkannt wird, nur wenn das gesehen wird, nur wenn sich das einmal deutlich



zeigt auch im gesamtstaatlichen Handeln, nur dann können die Sozialdemokraten auf ihre Weise und in dem Land, das das energiewirtschaftliche Zentrum der Bundesrepublik sein und bleiben soll, die energiepolitischen Beschlüsse von 1977 durchsetzen und durchhalten.

Wir haben gesagt: Vorrang für die Kohle! Wir haben gesagt: Vorrang für Sicherheit, und das heißt vor allem jetzt: Entsorgungsentscheidungen müssen gefällt werden. Da darf man nicht wie Herr Albrecht ausweichen und weglaufen und, obwohl man es politisch könnte, darauf verweisen, daß die Opposition nicht mittut und sich so aus der Verantwortung stehlen.

Wir wollen und wir werden aus gesamtstaatlicher Verantwortung unter bestimmten Voraussetzungen das Zwischenlager in Ahaus anbieten. Aber wenn ich sage „aus gesamtstaatlicher Verantwortung“, dann heißt das nicht „an Stelle aller anderen, die das nicht zu tun brauchen“.

Wir haben keine Bundesbürgschaft für Albrecht und für Strauß zu übernehmen, nur weil sie keine Zwischenlager in ihren Ländern errichten! Und das, was der bayerische Wirtschaftsminister Jaumann dazu gesagt hat, ist nach meiner Überzeugung so wenig verantwortungsvoll, daß wir immer wieder darauf hinweisen müssen: Wir in Nordrhein-Westfalen sind nicht bereit, auch noch für bayerische Kernenergie die Entsorgung sicherzustellen und Herrn Jaumann mit ein paar feuilletonistischen Bemerkungen entkommen zu lassen.

Wenn wir ein solches Ja zum Zwischenlager sagen unter den Bedingungen, die in dem Leit Antrag stehen, der Euch heute vorliegt, dann heißt das gleichzeitig – und ich hoffe, der Leit Antrag macht das deutlich: Die SPD ist nicht der Kriegsschauplatz für den Glaubenskampf zwischen Kernenergiegegnern und Kernenergiebefürwortern. Aber die SPD wird sich von keiner Partei übertreffen lassen in der Ernsthaftigkeit, mit der sie die Ängste und die Sorgen der Bürger aufnimmt und anhört und in der Gewissenhaftigkeit, mit der sie auf diese Ängste und Sorgen der Bürger antwortet. Das macht der Leit Antrag nach meiner Auffassung deutlich.

Wer so glaubwürdig Politik betreibt, wie wir das in diesem Bereich tun – und die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ist diejenige, die sich nach Harrisburg am wenigsten in ihren Entscheidungen zu korrigieren brauchte, weil sie die behutsamste und die problemorientierteste und deshalb die glaubwürdigste Politik betrieben hat –, der kann das Vertrauen der Bürger gewinnen.

Es muß aber hinzukommen, Genossinnen und Genossen, daß wir in der Energiepolitik neue Wege und andere Schritte gehen, daß wir alternative Energien stärker in die Forschung einbeziehen, daß wir begreiflich machen: Die Kohle ist zu wertvoll, als daß man sie einfach verbrennen darf. Die Methoden der Kohleverflüssigung und Kohlevergasung müssen bei uns mit Vorrang und mit Intensität und mit viel Geld gefördert werden. Das alles steht in dem Programm, das wir nach Castrop-Rauxel erarbeitet haben. Das, was wir an Energie haben, ist auch viel zu wertvoll, als daß wir es einfach durch die Wände und durch die Schornsteine gehen lassen dürfen. Wir brauchen ein Konzept für die Prozeßwärme, wir brauchen ein Konzept, mit dem wir Fernheizsysteme und Abwärmekopplung bei uns in Nordrhein-Westfalen einführen, um damit die mehr als vierzig Prozent, die jetzt verlorengehen, für die Menschen in unserem Lande und für die Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen zu nutzen.

Alle diese Probleme werden in den nächsten Wochen und Monaten noch sehr viel dringlicher. Viele Bürger, denen sie jetzt noch nicht bewußt sind, werden erfahren: Der Weg vom Schah zum Ayatollah war der Weg von Teufel zu Belzebub, aber ein Weg zur besseren Ölversorgung war er nicht. Wir kommen in eine Ölverknappung, bei der Benzinpreiserhöhungen und Heizkostenerhöhungen viele Bürger belasten werden und vielen das wegnehmen werden, was sie bei schwierigen Tarifverhandlungen erreicht und bekommen haben. Und wenn Mietanpassungen und allgemeine Preissteigerungen dazukommen, dann kann in Nordrhein-Westfalen eine ernste und eine schwierige Situation entstehen. Dann müssen Helmut Schmidt und die Bundesregierung und die Landesregierung handeln und ein Konzept haben, um den Menschen bei uns im Land zu helfen, so wie wir das 1973 getan haben, und dann werden wir ein solches Konzept vorlegen. Das geht nicht ohne die Bundesregierung, aber wir weisen früh genug darauf hin, daß hier Probleme von außerordentlicher Bedeutung auf uns zukommen, die den wirtschaftlichen Aufschwung dieser Monate in Mitleidenschaft ziehen können und bei denen wir hellwach und früh genug nach Lösungen suchen müssen.

Genossinnen und Genossen, die Energiepolitik wird in der Diskussion ganz gewiß einen Teil dieses Parteitagbeschlusses beschäftigen. Es gehört nicht viel Phantasie und Prophetie dazu, das vorherzusagen.

Mir ging es darum, deutlich zu machen: Wir bemühen uns um gewissenhafte Entscheidungen; wir bemühen uns darum, das Pfand, das wir als das energiewirtschaftliche Zentrum der Bundesrepublik in der Hand haben, nicht leichtfertig zu verspielen und deutlich zu machen: Die SPD hat die Dimension für die Zukunft und die SPD macht deutlich, in welche Richtung sie gehen will.

Ich würde an dieser Stelle gerne eine Bemerkung machen und ich verspreche, Kurt Biedenkopf dann nicht mehr zu erwähnen. Er ist ja in die Zeitgeschichte nicht, aber doch in die Schlagzeilen eingegangen als der Verfasser und als der Autor eines neuen Fremdwortes, des Wortes „Filzokratie“. Unter diesem Wort möchte er verstanden wissen, daß die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften unter einer Decke stecken. Ich halte dieses Wort für ein erhebliches Mißverständnis, und ich kann mir das nur so erklären, daß dieses Wort bei Kurt Biedenkopf entstanden ist, weil er Jura zu einer Zeit studiert hat, als Sozialwissenschaft noch kein Pflichtfach war. Denn wäre Sozialwissenschaft damals schon Pflichtfach gewesen, dann wüßte Biedenkopf: Wenn Sozialdemokraten und Gewerkschaftler gemeinsam die Ärmel aufkremeln, um den Menschen in unserem Land zu helfen, dann ist dies nicht Filzokratie, dann ist das Gesinnungsgemeinschaft, das ist so gewollt.

Die Erklärungen Siegfried Bleichers zu manchen landespolitischen Aussagen in den letzten Monaten haben deutlich gemacht: Die Gewerkschaften sind kein Akklamationsverein für sozial-liberale Regierungen, sie sind nicht die fünften Kolonnen, die wir da irgendwo haben. Aber deutlich geworden ist wohl auch: Hier geht es um zwei eigenständige Reformbewegungen, die aus einer Wurzel kommen und die diese eigene Wurzel und diese gemeinsame Quelle nicht verleugnen wollen. Wir werden auch in den kommenden zwei Jahren dafür sorgen, daß das Gespräch mit den Gewerkschaften nicht abreißt, daß die Abstimmung dessen, was wir gemeinsam zu tun haben, nicht aufhört, und daß Abgrenzung da stattfindet, wo sie sich aus der Natur der Sache ergibt.

Ein Feld, zu dem ich ein paar Bemerkungen machen muß, ist die Frage der Schulpolitik, in der es in der letzten Zeit eine Reihe von Mißverständnissen gegeben hat.

In den zwei Jahren, aus denen ich zu berichten habe, liegt ja auch – und ich darf und will das nicht verschweigen – das aus unserer Sicht gescheiterte Volksbegehren in Sachen kooperative Schule. Da hat es viele gegeben, die haben die Schuld hin- und hergeschoben; zum Glück sind wir nicht in eine Wählerbeschimpfung hineingeraten. Der Landesvorstand und der Landesvorsitzende nahmen ihren Anteil an Fehleinschätzung, der ihnen unterlaufen ist, auf sich. Aber wir sagen: Das darf uns nun nicht müde machen auf dem Weg, eine kindergerechte Schule in Nordrhein-Westfalen immer stärker Realität werden zu lassen.

Wir dürfen auch den Beschluß des Leverkusener Parteitagbeschlusses nicht vergessen, mit dem wir gesagt haben: Ab 1980 möchten wir, daß die Gesamtschule neben dem herkömmlichen Schulsystem als Angebotsschule flächendeckend eingeführt wird, damit endlich Elternrecht in Nordrhein-Westfalen auch für die Gesamtschule möglich wird.

Genossinnen und Genossen, wer das in die Abschaffung des herkömmlichen Schulsystems ummünzt, der hat uns verfälscht oder mindestens falsch verstanden. Wir haben nicht die Absicht, etwas abzuschaffen. Aber wer von Chancengleichheit redet, der muß auch der Gesamtschule endlich Chancengleichheit einräumen, weil sie nach unserer Meinung die Schule ist, die Menschen mehr fördert, als sie auszusieben und auszulesen. Diese Schule muß dann auf den Prüfstand. Da sagen wir nicht: „Wir wollen doch erst einmal die wissenschaftlichen Begleitungen suchen.“ Die beste Begleitung, die eine Schule finden kann, ist die durch engagierte Lehrer und durch die

Eltern, die ihre Kinder gern in eine solche Schule schicken. Die wollen wir zusammenbinden in der Angebotsschule der Gesamtschule. Wenn ich von Schule spreche, dann spreche ich von Kindern und von den jungen Leuten in unserer Gesellschaft und da stelle ich fest – ich weiß nicht, wie viele mir darin zustimmen könnten: Wir gehen auf einen neuen Generationskonflikt zu und darüber müssen wir als Partei miteinander sprechen. Es ist das historische Versäumnis der CDU/CSU in den 60er Jahren, daß sie die protestierende junge Generation nicht aufgenommen, nicht angehört und nicht integriert hat. Das hat sie den Sozialdemokraten überlassen. Wir haben es getan und wir haben das geschafft. Dabei haben wir uns Narben geholt, aber es war richtig, das zu tun und die junge Generation der 60er Jahre in die politische Verantwortung hineinzunehmen. Jetzt besteht eine andere Gefahr: die Gefahr, daß viele junge Leute in Staatsverdrossenheit und Staatsverweigerung hineingeraten, bei denen Schulterzucken ihre lebhafteste Bewegung ist. Es besteht andererseits die Gefahr, daß viele der älteren Menschen das Gefühl haben, sie seien nicht mehr vorgesehen, sie würden nicht mehr gebraucht, sie hätten ihre Pflicht und Schuldigkeit getan, sie würden beiseite geschoben.

Ich glaube, daß es die historische Chance der SPD in den 80er Jahren ist, das Gespräch zwischen den Jungen und den Alten in Gang zu bringen, den Alten deutlich zu machen: wir haben für sie mehr Angebote als Autobusfahrten mit Betreuungskarakter und Streuselkuchen.

Wir wollen ihnen mit diesem Angebot bis in die Weiterbildung hinein deutlich machen: Wir stehen nicht selbstgerecht auf dem Podest, sondern wir, die wir heute die Verantwortung tragen, wissen, daß wir das, was wir vorhalten und was wir weiterentwickeln wollen, denen verdanken, die dieses Land in den letzten drei Jahrzehnten mit harter Arbeit und mit großem Einsatz so aufgebaut haben, daß es ein schönes und ein lebenswertes Land geworden ist. Wir danken den Alten dafür, daß sie das getan haben. Wir stellen sie nicht in die Ecke, sondern wir holen sie zu uns heran. Das bedeutet aber gegenüber den jungen Menschen, daß wir ihnen die Geduld des Zuhörens zumuten müssen. Dabei gibt es einen guten Ansatz, den nämlich, daß die junge Generation gegenwärtig



Sehnsucht nach Geschichte hat, und daß sie wissen möchte, woher wir kommen und wie wir dahin gekommen sind, wo wir stehen. Wir sollten das aufnehmen. Wenn wir Sozialdemokraten das aufnehmen, dann ist nämlich gesichert, daß Geschichte Gespräch zwischen den Generationen wird und nicht Kriegs- und Militärgeschichte. Dann wird Sozialgeschichte, wird Kulturgeschichte zur Geschichte der Menschheit und dann wird deutlich: Es gibt nicht nur die Blutspur in der Geschichte der Deutschen, es gibt nicht nur jenen Teil der Geschichte, der durch „Holocaust“ wieder vielen bewußt geworden ist und

bei dem der schreckliche Satz der jungen Leute gewesen ist: „Mein Vater schweigt darüber, ich darf ihn darauf nicht ansprechen.“

Wir können diese Mauer des Schweigens zwischen den Generationen aufbrechen. Wenn uns das gelingt, wenn wir das als die Aufgabe der 80er Jahre sehen, Menschen wieder zum Miteinander-Reden zu bringen, dann erst bekommt Politik die Dimension, in der sie in der Wirklichkeit und in der Plackerei unserer Termine zu selten deutlich wird, nämlich: Leben menschlicher zu machen und nicht Flächennutzungspläne in Beton umzusetzen, sondern Menschen zum Miteinander-Reden zu bringen und zum Aufeinander-Hören. Dieser Generationskonflikt kann von uns bewältigt werden. Ich möchte Euch auffordern, dabei zu helfen.

Manche politische Zahl ist bedrückend und manche Wahlergebnisse bei der Europawahl waren nicht gut genug. Aber daß wir in der Mitgliederbewegung einen starken, einen überdurchschnittlichen, einen die Struktur der Partei verändernden positiven Anteil an Frauen haben, das sollten wir wissen, begrüßen und fördern.

Die SPD ist keine Männerpartei mehr. Im ersten Quartal dieses Jahres haben wir mehr als 1600 Neuaufnahmen von Frauen. Aber: Habt Ihr das bedacht bei der Kandidatenaufstellung für die Kommunalparlamente, wird das deutlich bei dem, was Ihr an Kandidaturen möglich macht und denkt Ihr daran, daß das nicht eine Mode werden darf, sondern daß wir hier die Beispiele aus Schweden und aus Dänemark haben und daß wir in diese Richtung weitergehen müssen? Denn der Anteil der Frauen ist nicht nur der Anteil der Mehrheit der Wähler, sondern der Anteil der politisch Wachen unter den Frauen nimmt zu. Das ist auch ein Erfolg sozialdemokratischer Politik und sozialdemokratischer Bildungspolitik in den letzten Jahrzehnten. Den dürfen wir nun nicht verschenken.

Wenn ich von dem Anteil der Frauen an den Neuzugängen der Mitglieder gesprochen habe, darf ich nicht verschweigen, daß wir bei den Neuzugängen von Mitgliedern noch nicht die Marke dessen erreicht haben, was möglich ist. Wir sind 300 000 Sozialdemokraten hier in Nordrhein-Westfalen. Meint Ihr nicht, wir dürften uns zumuten, in den nächsten zwei Jahren mindestens zehn Prozent draufzulegen und beim nächsten Parteitag 330 000 zu haben, wenn wir mitmachen bei einer solchen Werbeaktion, bei der wir 30 000 mehr gewinnen für die Sache der Sozialdemokraten?

Aber, Freunde, ich darf noch einmal so scherzhaft sagen, wie ich es gelegentlich getan habe: Dazu gehört ein anderes Selbstwertgefühl, als wir es gelegentlich zeigen. Ich kenne Leute, die sagen: „Ich bin Sozialdemokrat“ und gucken sich dabei auf die Schuhspitzen, als wenn sie sagen wollten: „Entschuldigen Sie vielmals!“ Man muß doch sagen: „Ich bin Sozialdemokrat. Wieso Sie eigentlich nicht, Sie wirken doch sonst ganz vernünftig?“

Wer Politik so betreibt, der wird das aber nicht nur im Ortsverein tun können, Genossinnen und Genossen. Ich wiederhole, was ich gesagt habe: Der Ernstfall sozialdemokratischen Handelns ist nicht die Delegiertenkonferenz, ist nicht der Ortsverein, sondern ist unsere Präsenz in den Verbänden der Gesellschaft, in den Kirchen und Gesangsvereinen, in den Schützengesellschaften und wo auch immer Menschen zusammen sind, nicht zuletzt natürlich da, wo in den Gewerkschaften die Sache der Arbeitnehmer wahrgenommen wird.

Da ist der Ernstfall sozialdemokratischer Politik. Und deshalb hört auf, denen, die bei einem Mitgliederabend mal fehlen, vorzurechnen, wie oft sie gefehlt haben, sondern fragt sie einmal, ob sie nicht für Euch und für Eure und für unsere gemeinsame Sache woanders waren und Menschen hinzugeholt haben zur guten Sache der SPD!

Wir tun das, wir handeln so, wir stellen uns so den Wählern in einer Medienlandschaft, in der es viel Unfreundliches gibt. Ich

habe mich an Journalistenschelte nie beteiligt und ich werde mich auch nie an Journalistenschelte beteiligen. Aber an der Auseinandersetzung um die Freiheit für Journalisten werden wir Sozialdemokraten uns immer beteiligen, gleichgültig, was die Journalisten daraus und damit machen. Deshalb sage ich: Die Pläne Ernst Albrechts — die im Grunde nichts anderes wollen als die Zerschlagung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems und die Hergabe der elektronischen Medien an die Mächte und die Kräfte der Werbung und der Großfinanz — werden wir mit allen Mitteln bekämpfen und verhindern. Wir haben einen öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunk und eine privatwirtschaftlich organisierte Presse. Mit diesem Paar — auf der einen Seite öffentlich-rechtlicher Rundfunk, auf der anderen Seite privatwirtschaftlich organisierte Presse — ist in der Bundesrepublik in dreißig Jahren die Demokratie so weit vorangekommen, wie sie jetzt ist und wie unsere Väter, auch die Väter der Arbeiterbewegung, es sich für die 70er und 80er Jahre nicht erträumt haben. Deshalb werden wir diese Organisationsstruktur sichern und bewahren und wir werden für sie eintreten, wo immer wir können.

Genossinnen und Genossen,

Ich habe nicht berichtet von vielfachen Aktivitäten des Landesvorstandes. Aber ich hätte zu berichten von den Foren, die wir veranstaltet haben, von den „sieben Thesen“, die wir verteilt haben und die wir gemeinsam mit der Ebert-Stiftung öffentlich dargestellt und zur Diskussion gestellt haben und von denen ich hoffe, daß Ihr sie aufnehmt, aufgreift, und daß Ihr sie im nächsten halben Jahr bis zum nächsten Parteitag überarbeitet und mit uns durchgeht, weil das die Schwerpunkte unserer Arbeit sein müssen, weil von der Arbeitsplatzsicherung bis zur Freizeitpolitik hier die Gewichte gesetzt sind für das, was wir dem Bürger an sozialdemokratischen Positionen in unserem Land anbieten.

Ich habe nicht berichtet von den Kongressen, die wir miteinander veranstaltet haben und bei denen wir auch Sachverständigen außerhalb der Partei aktiviert haben. An Arbeit hat es nicht gemangelt und an Bereitschaft, diese Arbeit zu tun, auch nicht. Ich habe denen zu danken, Antje Huber und Christoph Zöpel an der Spitze, die mir im Landesvorstand in diesen zwei Jahren loyal und redlich geholfen haben, das zu tun, wovon wir nun Rechenschaft ablegen. Und ich habe jemandem zu danken, der sich in einer ganz schwierigen Situation für unsere Sache zur Verfügung gestellt hat und dem ich heute einen großen Vertrauensbeweis wünsche: das ist Rainer Maedge, in dessen Lebensplanung es nicht gestanden hat, sich für eine solche Aufgabe zur Verfügung zu stellen, wie wir sie Euch mit der Bitte um Vertrauen heute vor- und darstellen.

Ich könnte und ich müßte, wenn ich nun auch berichtete von dem, was die Regierung tut, etwas sagen über die Geschicke der Ressorts und über den Anteil derer, die da mitgewirkt haben. Ich müßte Reimut Jochimsen dafür danken, daß er nach Nordrhein-Westfalen gekommen ist. Ich müßte Jürgen Girgensohn, dem ich verbunden bin und neben dem ich im Ressort gewesen bin, ebenso danken wie Inge Donnepp, die in dieser Wahlperiode einen Ressortwechsel vorgenommen hat. Ich müßte jetzt alle einzeln nennen und mache vielleicht Fehler, wenn ich es tue. Aber ich meine, ich sollte auch nach einer Trennung im Amt Diether Deneke danken für zwölf Jahre hervorragender Politik. Diether, was wir miteinander zu besprechen hatten, haben wir miteinander besprochen. Aber ich sage öffentlich und ich sage im Vorgriff auf die Wahlentscheidungen des heutigen Tages: Der neue Landesvorstand wird dafür sorgen und wird gewährleisten, daß Dein Ansehen und Dein Sachverstand auch weiter mit der Sache der Sozialdemokraten und mit dem Umweltschutz in diesem Land eng verbunden bleibt und daß das die Menschen in diesem Lande merken. Ich habe jetzt nicht alle genannt und ich habe nicht alles gesagt, was zu sagen gewesen wäre.

Ganz am Anfang stand: „Wer über zwei Jahre berichtet, kann nicht alles Geschehene darstellen.“ Ich hoffe aber, ich habe nichts geschönt, ich hoffe, daß ich deutlich gemacht habe, wo

Probleme liegen. Wir stellen uns ja bei einem Parteitag nicht nur der Akklamation, sondern der kritischen Prüfung und der hilfreichen Hinweise für unsere weitere Arbeit.

Aber diese weitere Arbeit möchten wir tun, vielleicht noch erkennbarer als bisher, vielleicht noch deutlicher in den Entscheidungen, als das bisher der Fall war. Und ich sage für mich, Genossinnen und Genossen, die Schrittfolge „Hören, Nachdenken, Antworten und Entscheiden“ wird bleiben. Es wird dabei bleiben, daß wir zuerst zuhören, was denn der Bürger an Sorgen und an Fragen an uns heranträgt. Es wird dabei bleiben, daß wir nicht munter mit Sprüchen antworten, sondern daß wir nachdenken über das, was in unserer Situation zu tun und was an Antworten zu geben ist. Dann erst wird die Entscheidung deutlich sein und dann werden wir uns dem Votum der Wähler stellen.

Es hat in der letzten Woche — auch diese aktuelle Problematik will ich hier aufnehmen — die Diskussion um den sogenannten Poullain-Bericht gegeben. Ich meine, ich müßte dazu zwei Sätze sagen:

Ich teile, und das wird ja wohl erlaubt sein, nicht alle Wertungen, die in diesem Bericht vom Untersuchungsausschuß einstimmig dargelegt worden sind, aber ich sage, daß wir das, was an Konsequenzen vom Untersuchungsausschuß ebenso einstimmig uns aufgegeben wird, ohne schuldhaftes Zögern prüfen werden, und wir werden die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Diether Posser und Horst-Ludwig Riemer haben dies vor längerer Zeit angekündigt, und wir werden uns die Trennung von Staatsaufsicht und Verwaltungsrat ganz gewiß vornehmen für die nächste Wahlperiode. Es wird deutlich sein, daß hier von „Filz“ keine Rede ist.

Ich selber sage, daß ich froh darüber bin, daß auch nach diesen Bewertungen, die da ausgesprochen worden sind, ein Mann aus unserem Land in der Verantwortung als Bundesratsmitglied der Partei ist, dem wir zu danken haben, und der in dieser Wahlperiode sein Amt aufgegeben hat — nicht aufgrund persönlicher Verfehlungen, damit das hier deutlich ist. Alles, was daraus gemacht und da herumgeredet und geschrieben wird, werden wir in eine klare und offene Prüfung hineingeben, dabei werden wir kein Urteil zu scheuen haben. Hören, Nachdenken, Antworten und Entscheiden: das sind die Schritte unserer Politik. Viele haben dies die „Politik der Zuwendung“ genannt und haben das mit einem Unterton getan. Ich will lieber eine Politik der Zuwendung als der Herablassung, ich will lieber eine Politik der Zuwendung als eine Politik der Anordnung und der Scheindemokratie. Ich will, daß in diesem Land das Gespräch zwischen Sozialdemokraten und allen Schichten der Bürger, nicht nur der Arbeiter, sondern der Abhängigen im weitesten Sinne des Wortes, geführt wird und daß wir es offensiv führen. Wenn das nicht einer tut, wenn das nicht Achtzehn tun, sondern wenn wir alle das von heute ab in den fast vierhundert Städten und Gemeinden unseres Landes tun und wenn wir diesen Langstreckenlauf über den 30. September und den 11. Mai bis zum Oktober nächsten Jahres gehen, dann wird Nordrhein-Westfalen im September ein Land sozialdemokratischer Gemeinden, dann wird Nordrhein schon am 11. Mai unter sozialdemokratischer Führung mit der stärksten SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen und dann wird im Oktober nächsten Jahres Helmut Schmidt, mit einem noch größeren Vertrauensbeweis ausgestattet, dieses Land da halten, wo es ist: nämlich an der Spitze aller Industrieländer, an der Spitze derer, bei denen es nicht nur um Wachstum geht, bei denen es nicht nur darum geht, daß die Zahlen steigen, sondern darum, daß unser Land menschlicher wird. Dafür handeln wir in der Politik.

Helft dabei, jeden Tag, jeden Abend, in der Vertrauensarbeit, die Ihr tut, und die Vertrauen schafft, ein Vertrauen, dessen wir uns würdig erweisen, dem wir gerecht werden wollen.

Wenn wir so in die Auseinandersetzung gehen, ohne Arroganz, aber selbstbewußt, dann ist die SPD die soziale Kraft und dann wird die SPD kräftiger als sie jetzt ist — zum Wohle der Bürger.

## Bericht über die Arbeit der Landeskontrollkommission

Berichterstatter: **Karl MIRUS**

„Liebe Genossinnen und Genossen,

die auf dem Landesparteitag am 25. Juni 1977 in Duisburg gewählte Landeskontrollkommission konstituierte sich in der am 26. August 1977 einberufenen Sitzung in Düsseldorf. Zu ihrem Vorsitzenden wählte sie wiederum den Genossen Karl Mirus, als Stellvertreter den Genossen Hans Kalkbrenner.

Bei dieser Sitzung wurde angeregt, daß der neue Landesvorsitzende, der Genosse Johannes Rau, mit der Landeskontrollkommission ein Gespräch führen sollte, wie künftig die Zusammenarbeit des Landesvorstandes und der Landeskontrollkommission noch besser als bisher gestaltet werden kann. Das gewünschte Gespräch hat stattgefunden. Die Mitglieder der Landeskontrollkommission sind dem Genossen Johannes Rau dankbar, daß er zugesagt hat, bei wichtigen Problemen sofort mit der Landeskontrollkommission Kontakt aufzunehmen, um aufgetretene Schwierigkeiten zu lokalisieren und wenn nötig auszuräumen.

Im Berichtszeitraum fanden 12 Sitzungen statt. Die alljährlich durchzuführende unverhoffte Kassenprüfung ergab keine Beanstandung. Die mit der Buchhaltung und Kassenführung beauftragte Genossin Monika Müller hat ihr Ressort vorbildlich verwaltet. Die Jahresabschlüsse wurden vorgelegt, geprüft und in Ordnung befunden.

Da in diesem und im nächsten Jahr Wahlen stattfinden, müssen rechtzeitig Rücklagen gebildet werden. Der Vorstand wurde auf diesen Sachverhalt beizeiten hingewiesen, damit bei der schwachen Kassenlage Darlehen oder andere Fremdmittel möglichst nicht eingesetzt werden; denn oberstes Ziel muß sein, soviel Geld als möglich für den Wahlkampf anzusparen.

Wie unwirtschaftlich die Wählerinitiative NRW mit dem zur Verfügung gestellten gebrauchten und intakten zum Bundestagswahlkampf 1976 eingesetzten VW-Bus umgegangen ist,

beweist die Rechnung über 3882,15 DM für eine Generalüberholung. Nach der Wahl wurde der Bus stillgelegt. Im Februar 1977 wurde der Bus angeblich verschrottet. Der Erlös betrug 200,— DM. Hier muß der Geschäftsführung mangelnde Kontrolle vorgeworfen werden.

Durch die beginnende Krankheit des leitenden Geschäftsführers, des Genossen Arthur Ebker, wurde eine labile Geschäftsführung bemerkbar. In den Protokollen der Landeskontrollkommission wurde rechtzeitig auf diesen Zustand hingewiesen. Der Landesvorstand hat dann die Situation erkannt und entsprechende Maßnahmen ergriffen.

In der Zeit bis zur Berufung eines neuen Landesgeschäftsführers hat die Kontrollkommission in Absprache mit dem Genossen Johannes Rau die Genossin Monika Müller, die mit der gesamten Finanzverwaltung zeitweise betraut war, im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt und ihr bei der Aufstellung des Etats geholfen, wobei sparsame Wirtschaftsführung oberster Grundsatz blieb.

Es ist zu begrüßen, daß der neue Landesvorstand das wirtschaftliche Denken zu einem Kernpunkt gemacht hat. Mit dem neuen leitenden Landesgeschäftsführer, dem Genossen Rainer Maedge, wurde in einer Klausurtagung vereinbart, über alle Probleme der künftigen Zusammenarbeit zu sprechen. Die Kontrollkommission hat den Eindruck, daß mit dem Genannten ein frischer Wind eingezogen ist. Seine ruhige, aber bestimmte Art und seine Kontaktfreudigkeit wird auch die Basis spüren. Der Wunsch nach einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit wird von der Landeskontrollkommission voll unterstützt. Die Kontrollkommission empfiehlt, die Zuständigkeiten und Vollmachten — insbesondere die Kassenvollmachten — zukünftig eindeutiger zu regeln. Die Kontrollkommission hat diesen Bericht nach Inhalten der Protokolle gefertigt. Die Landeskontrollkommission stellt den Antrag, dem Vorstand und der Geschäftsführung Entlastung zu erteilen.

Nach der Diskussion der Berichte erteilte der Landesparteitag dem Landesvorstand und der Geschäftsführung einstimmig Entlastung.



**5.**  
**Bericht der**  
**Mandatsprüfungskommission**

## Bericht der Mandatsprüfungskommission

Genosse Karl Mirus erstattete den Bericht der Mandatsprüfungskommission:

Eingeladen wurden 300 Delegierte und 18 Landesvorstandsmitglieder.

Die anwesenden 312 stimmberechtigten Delegierten verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Bezirke:

Bezirk	Delegierten- zahl	anwesend	
		insg.	mit Buch ohne Buch
Ostwestfalen	30	29	29
Westf. Westf.	145	145	130 15
Niederrhein	74	72	62 10
Mittelrhein	51	48	41 7
Landesvorstand	18	18	15 3
gesamt:	318	312	277 35

Die Delegierten beschlossen bei einigen Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, daß die 35 ohne Buch erschienenen Delegierten ihr Mandat ausüben konnten.

**Anmerkung:**

Nach der Mittagspause, also ab 14 Uhr, erhöhte sich die Zahl der anwesenden Delegierten um einen, da ein Delegierter des Bezirks Niederrhein erst zu diesem Zeitpunkt erschien. Damit betrug ab 14 Uhr die Zahl der anwesenden Delegierten 313.